

**Deutsche Sektion der
Internationalen Ärzte für die
Verhütung des Atomkrieges/
Ärzte in sozialer
Verantwortung e. V.**

International Physicians
for the Prevention
of Nuclear War (IPPNW)

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

in Kopie an den deutschen Minister des Auswärtigen Amtes Guido Westerwelle

Vorstand
Dr. Angelika Claußen
Dr. Sabine Farrouh
Matthias Jochheim
Christoph Krämer
Malte Andre
Dr. Dieter Lehmkuhl
Esther Tautz
Reinhold Thiel



Körtestr. 10
10967 Berlin
Telefon: 030/698 07 40
Telefax: 030/693 81 66
E-Mail ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

International Councillor
Dr. Helmut Lohrer
Deputy International Councillor
Eva-Maria Schwienhorst
Ehrenvorstandsmitglieder
Prof. Dr. Ulrich Gottstein
Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter
Wissenschaftlicher Beirat
Dr. Jan van Aken
Prof. Dr. Andreas Buro
Dr. Dieter Deiseroth
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr
Dr. Heinz Loquai
Dr. Götz Neunack
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Otmar Wassermann

Offener Brief: Neue israelische Aufenthaltsregelungen für das Westjordanland

Berlin, 15. April 2010

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

am 13. April 2010 sind die Änderungen zweier israelischer Militärverordnungen in Kraft getreten. Die geänderten Verordnungen "Prevention of Infiltration" und "Security Provisions" definieren u.a. den Begriff "Infiltrant" neu. "Infiltrant" erfasst jetzt jede Person, die sich in der Westbank aufhält und keine "Erlaubnis" besitzt. Zugleich geben die Militärverordnungen nicht an, was diese "Erlaubnis" ist. Damit werden unter die neue Regelung alle jene Palästinenser und Palästinenserinnen fallen, die keine israelische "Erlaubnis" besitzen, weil sie auch vorher nicht im Besitz einer solchen waren, zum Teil aber schon Jahrelang dort leben.

Die friedenspolitische Ärzteorganisation IPPNW befürchtet, dass es im Westjordanland aufgrund der Neuregelungen zu weiteren zahlreichen Verhaftungen und Ausweisungen von Palästinensern und Palästinenserinnen durch die israelische Armee kommen wird. Die Neuregelungen betreffen z.B. auch Ausländer, die legal ins Westjordanland gekommen sind und dort geheiratet haben. Weiterhin berührt es Palästinenser, die für ein Studium ins Ausland gegangen sind und denen Israel in der Folge ihre Aufenthaltserlaubnis entzogen hat. Oder es tangiert diejenigen, die in den 1970er und 1980er Jahren ausgewiesen wurden und später im Zuge der Familienzusammenführung legal zurück gekommen sind. Von den neuen Regelungen könnten nach Angaben von Elad Cahana, Anwalt einer israelisch-palästinensischen Menschenrechtsorganisation, zehntausende Palästinenser betroffen sein.

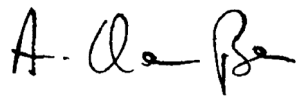
Die IPPNW appelliert an Sie, Frau Merkel, sich gegenüber der israelischen Regierung für die Rücknahme der Verordnungen einzusetzen. Laut internationalem Recht sind israelische Gesetze im Westjordanland nicht anzuwenden, da es sich um besetztes Gebiet handelt.



Als engstem Verbündeten Israels fällt Deutschland die besondere Verantwortung zu, die israelische Regierung auf mögliche Völkerrechtsverletzungen hinzuweisen und vor Handlungen zu bewahren, die den Friedensprozess im Nahen Osten gefährden könnten.

Wir bitten darum, uns mitzuteilen, was Sie in dieser Angelegenheit unternehmen werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Claußen'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Dr. Angelika Claußen
Für den Vorstand der IPPNW